

Weder Dumpinglöhne noch Dumpingsteuern

Der Ausfall beim Steuerertrag von 190 Millionen hat die Rechnung 2012 der Stadt Zürich ins Minus gedrückt. Im Gegensatz zum Jahr 2008, als eine einmalige Steuerrückzahlung an eine Grossbank den Steuerertrag der juristischen Personen halbiert hat, sind 2012 keine Sondereffekte für den Einbruch verantwortlich. Neben den Firmen zahlen auch die privaten Haushalte weniger an den städtischen Haushalt als erwartet. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Neuzuzüger die sinkenden Erträge bei den Unternehmenssteuern kompensiert haben.

Damit ist klar, dass die für das Gemeinwesen finanziell attraktiven ersten Wachstumsjahre vorbei sind. Jetzt muss die Stadt Zürich schauen, wie sie die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung nach Grundversorgung und Infrastruktur mit den beschränkten finanziellen Ressourcen befriedigen kann. Dass der Kanton die wachsenden Kosten von Bildung und Gesundheit recht schamlos auf die Kommunen abwälzt, macht das eingetrübte finanzielle Bild noch etwas düsterer.

Mit der Weisung zu den Elternbeiträgen in der ausserschulischen Kinderbetreuung hat der Stadtrat signalisiert, wie er die finanzpolitischen Herausforderungen angehen will. Die Erhöhung dieser Gebühren um volle 18.3 Prozent mag angesichts der wachsenden Ausgaben der Stadt für Krippen und Horte nachvollziehbar erscheinen. Aus Sicht der AL ist aber völlig undiskutabel, dass jetzt bei den von der Bevölkerung erwünschten Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben die Bremse gezogen wird.

Dass es andere Wege gäbe, hat die AL bei der Beratung des Voranschlags 2013 mit dem Antrag gezeigt, die im Dezember 2007 beschlossene Senkung des Steuerfusses wieder zurückzunehmen. Die Rechnung macht deutlich, dass dieser Antrag richtig war. Wir werden die finanziellen Herausforderungen nicht ohne die Rücknahme der Steuerfussenkung bewältigen können.

Wir weisen darauf hin, dass die Stadt die Belastung der Haushalte durch eine Steuerfusserhöhung abfedern könnte, indem sie die Reserven der Gemeindebetriebe auf ein vernünftiges Mass zurücknimmt und damit die Gebührenzahlenden entlastet. Um diese dringend notwendige Diskussion anzustossen, wird die AL heute - zusammen mit der in dieser Frage gleichgesinnten FDP - eine Motion einreichen, die eine temporäre Gebührenreduktion von je 15 bis 20 Millionen Franken bei ERZ Abfall und Abwasser verlangt. Das entspricht einer Entlastung von gut 2 Steuerprozenten. Angesichts der in der Rechnung

ausgewiesenen Entwicklung der Reserven dieser beiden Dienstabteilungen ist eine solche Bonus-Aktion mehr als gerechtfertigt.

Mit grossem Unwillen hat die AL davon Kenntnis genommen, dass das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement bei der Stadtreinigung auf Lohndumping setzt. Dass Billigstarbeitskräfte für 17 Franken pro Stunde für Sauberkeit auf Strassen und in Parks sorgen, ist beschämend. Dass der Gemeinderat zu dieser Neuausrichtung der Geschäftspolitik des TED nicht konsultiert wurde, ist eine grobe Verletzung seiner Budgethoheit.